

Joe Biden oder: Das Ende der US-Hegemonie?

Von Daniel Immerwahr

1939, kurz vor dem deutschen Einmarsch in Polen, suchte ein britischer Emissär das Weiße Haus mit einem ungewöhnlichen Anliegen auf. Das Vereinigte Königreich sehe sich außerstande, die Welt vor den Nazis zu schützen, eröffnete Lord Lothian dem damaligen amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt. Die „angelsächsische Zivilisation“ brauche deshalb einen neuen Hüter. Das Zepter entgleite Britannien, erläuterte Lothian, und die Vereinigten Staaten müssten „es auffangen“. Obwohl informell übermittelt, war das doch eine ganz außergewöhnliche Bitte: London zeigte sich bereit, beiseitezutreten und die Weltführung Washington zu überlassen.

Doch Roosevelt war nicht interessiert. Ganz im Gegenteil: Er reagierte verärgert. „Ich dachte, das darf nicht wahr sein“, schrieb er. Wer waren diese Briten denn, ihre Lasten einfach vor seiner Tür abzuladen? Die Zivilisation zu retten war schließlich *ihr* Job. Die Vereinigten Staaten verfügten damals über kaum mehr Soldaten als beispielsweise Bulgarien und taugten kaum dazu, illiberale Kräfte in Mitteleuropa aufzuhalten. Die Briten sollten sich gefälligst zusammenreißen. Was sie jetzt brauchten, war ein steifer Grog.

So locker hat sich wohl nie wieder ein Präsident zur Hegemonie der Vereinigten Staaten geäußert. Es war der Zweite Weltkrieg, der – wie Stephen Wertheim in seiner jüngst erschienenen Darstellung „Tomorrow, the World“ erläutert – Roosevelt und fast alle in seiner Umgebung schließlich umstimmte.¹ 1940 überzeugte die Niederlage Frankreichs die US-Führer von der Notwendigkeit, sich einzuschalten. 1941 ging der Verleger Henry Luce einen Schritt weiter und propagierte ein „Amerikanisches Jahrhundert“, eine Nachkriegsweltordnung unter Führung der Vereinigten Staaten mit ihren Werten, Institutionen und letztlich ihrer militärischen Stärke. Die Idee war anfangs umstritten, doch bei Kriegsende schien Luces *American Century* unausweichlich. Zu diesem Zeitpunkt hatte das hastig verstärkte US-Militär überall rund um den Planeten Fuß gefasst, und Washington war nicht gewillt, gewonnenes Terrain wieder aufzugeben. Roosevelts Nachfolger Harry Truman formulierte es Ende 1945 im Kongress so: „Wir müssen unsere Überlegenheit zu Lande, zur See und in der Luft unerbittlich aufrechterhalten.“

* Der Beitrag ist die deutsche Erstveröffentlichung eines Essays aus „The New Yorker“ vom 18.11.2020. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Karl D. Bredthauer.

1 Vgl. Stephen Wertheim, *Tomorrow, the World: The Birth of U.S. Global Supremacy*, Cambridge 2020.

Und so geschah es – unerbittlich. Heute verfügt das Pentagon über rund 750 Auslandsstützpunkte in mehr als achtzig Ländern – ein pointilistisches Imperium, das den Globus umspannt. Im vergangenen Frühjahr teilte Vizepräsident Mike Pence Absolventen der Militärakademie West Point mit, es sei „so gut wie sicher“, dass sie zum Einsatz kommen. (Er trug dann eine lange Liste möglicher Schauplätze vor, vom amerikanischen Doppelkontinent bis hin zur koreanischen Halbinsel.)

Selbst wo keine US-Bodentruppen auftreten, schweben Drohnen über der Szene, überwachen Leute und beschießen sie gelegentlich mit Raketen. Berechnungen des *Londoner Bureau of Investigative Journalism* zufolge haben die Vereinigten Staaten in den vergangenen fünf Jahren mehr Menschen durch Luftschläge getötet als durch polizeilichen Schusswaffengebrauch.

»Wir sind die unentbehrliche Nation«

Die Begründung für einen derart verbreiteten Gewalteinsatz klingt vertraut: Gäbe es das US-Militär nicht, sagt man uns, wäre die Welt gesetzlos und gefährlich. In einer berühmt gewordenen Formulierung von Madeleine Albright, Bill Clintons Außenministerin, lautet die Ratio so: „Wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann deshalb, weil wir Amerika sind; wir sind die unentbehrliche Nation.“ Und weiter: „Wir stehen erhobenen Hauptes da, und wir blicken weiter als andere Länder in die Zukunft.“

Eine derartige Selbstüberhöhung hat immer wieder Kopfschütteln provoziert, aber noch nie stärker als heute. Zu den politischen Glaubensartikeln, die Donald Trump in seinen vier Jahren als Präsident geschreddert hat, zählt die Vorstellung, die Vereinigten Staaten stünden für etwas anderes als ausgeprägten Eigennutz. Er verhöhnnte internationale Verträge, erklärte Diktatoren und machte den Gedanken, die USA könnten ein unparteiischer Schiedsrichter in internationalen Angelegenheiten sein, lächerlich. Zwar schien er weniger als seine Vorgänger auf *global leadership* fixiert, doch nicht etwa aus Respekt für internationale Normen. Um eine Definition der Trump-Doktrin gebeten, wurde ein führender Regierungsvertreter deutlich: „Wir sind Amerika, ihr Armleuchter!“

So wie die Tötung George Floyds die Legitimationskrise der Polizei verschärft hat, so hat Trumps Regiment diejenige der amerikanischen Außenpolitik vertieft. Milliarden Menschen in aller Welt sehen sich mit kaum noch zu unterdrückenden Fragen konfrontiert: Warum nur verfügt dieses eine Land über solche Macht? Und wenn diese Macht missbraucht wird, können die Vereinigten Staaten dann zur Rechenschaft gezogen werden? Und durch wen? Zu keinem Zeitpunkt der vergangenen Dekade gab es eine Mehrheit der Weltbevölkerung, die Amerikas Führungsanspruch guthieß, aber heute tut das Gallup-Umfragen zufolge weniger als ein Drittel. Die Vereinigten Staaten sind also, anders gesagt, in der Welt deutlich weniger beliebt als Trump im eigenen Land.

Sicherlich wird Joe Biden, der versprochen hat, mit den Grobheiten der Trump-Jahre Schluss zu machen und mit Verbündeten pfleglich umzugehen, das internationale Ansehen der USA ein wenig aufbessern. Doch wird die Veränderung an der Spitze sich auch weiter unten bemerkbar machen?

Zwei jüngst erschienene Bücher sind in dieser Hinsicht erhellend. Das eine stammt vom ehemaligen Verteidigungsminister Robert Gates. Er sieht in den Vereinigten Staaten einen „Leuchtturm der Hoffnung für Unterdrückte überall“, den großen Hoffnungsträger, der unter Trump zeitweilig von seiner Mission abgeschweift sei. Patrick Porter hingegen, ein konservativer australisch-britischer Politikwissenschaftler, erklärt in seinem Buch, warum er solche Selbstzuschreibungen für fadenscheinig und illusionär hält. Für ihn ist Trump „weniger eine Anomalie als krönender Abschluss“.²

Was folgt auf Trump – mit Biden?

„From the Shadows“ betitelte Robert Gates im Jahr 1996 seine ersten Memoiren, eine treffende Kennzeichnung der Schattenwelt, in der Gates komfortabel residierte. Er ist ein eher unauffälliger Typ – ein Kollege verglich ihn einmal mit dem „Typen bei der Einzelhandelskette P. C. Richards, der Mikrowellenherde verkaufte“ –, aber im außenpolitischen Geschäft war er jahrzehntelang ruhig und beharrlich präsent. Er diente unter anderem als Verteidigungsminister, CIA-Chef und stellvertretender Nationaler Sicherheitsberater. Ungewöhnlicherweise nahm Gates sowohl unter demokratischen als auch republikanischen Präsidenten hohe Positionen ein. Nachdem George W. Bush ihm das Verteidigungsministerium anvertraut hatte, beließ Barack Obama ihn auf diesem Posten – als verlässlichen Quell guten Rates. Biden hat er als „einen Mann von echter Integrität“ bezeichnet und Trump als „untauglich“, das Amt des Oberbefehlshabers zu bekleiden.

In seinem jüngsten Buch – „Exercise of Power“ – bietet Gates nun eine düstere Weltsicht. Das Land sei „an allen Fronten herausgefordert“, befindet er. Bei den Fällen, in denen die Vereinigten Staaten Polizeidienste leisten müssen, handelt es sich seiner Beschreibung nach um einen „Fluch“ (Iran), eine „Plage“ (Irak), ein „primitives Land“ (Afghanistan) und eine „Senkgrube voller Konflikt und Terrorismus“ (der Nahe und Mittlere Osten). Amerikas Gegner bilden eine wahre Schurkengalerie aus „Bösewichtern“, „Gangstern“, „Serienbetrügern“, „Lügnern“ und „stets doppelzüngigen Pakistanis“.

Die Vereinigten Staaten dagegen sind für Gates „der standhafteste Verfechter der Menschenrechte und der individuellen Freiheit“, der „überall“ die Unterdrückten verteidigt. Amerikas Bereitschaft, böswillige Akteure in die Schranken zu weisen, war und ist seiner Einschätzung nach ein wahrer Segen. Direkte Zusammenstöße zwischen den sogenannten Großmächten sind in der Regel die tödlichsten Kriege, und doch leben wir jetzt schon so

2 Vgl. Robert M. Gates, *Exercise of Power: American Failures, Successes, and a New Path Forward in the Post-Cold War World*, New York 2020 sowie Patrick Porter, *The False Promise of Liberal Order: Nostalgia, Delusion and the Rise of Trump*, Cambridge 2020.

lange ohne sie wie seit den Zeiten des Römischen Reichs nicht mehr. Eroberungskriege sind beinahe gänzlich Geschichte, und obwohl es auf der Welt mehr als zehntausend Atomwaffen gibt, ist im Verlauf eines Dreivierteljahrhunderts keine von ihnen im Zorn gezündet worden.

Gates glaubt, dieser relativ ruhige Stand der Dinge sei ganz wesentlich der Vorrangstellung der Vereinigten Staaten geschuldet. Deren Erosion – angesichts abirrender Verbündeter und aufsässiger Feinde – bereitet ihm deshalb so große Sorge. Die Schuld an der Krise gibt Gates „politischen Führern der jüngsten Zeit“, die unangemessen mit Amerikas Macht umgegangen seien. Sie haben sich zu einseitig auf das Militär gestützt und andere „Machtmittel“ wie Überzeugungskraft, Handel, Wirtschaftshilfe, Sanktionen, Public Relations und verdeckte Aktionen vernachlässigt. Worauf Gates hinauswill, sind Reformen: weniger Würgegriffe und stattdessen mehr bürgernahe Polizeiarbeit. Geschmeidigere Formen der Einflussnahme würden, meint er, die schwindende Vormachtstellung der Vereinigten Staaten wieder festigen und „sicherstellen, dass der – im zwanzigsten Jahrhundert zweimal geschlagene – Autoritarismus auch im Einundzwanzigsten nicht obsiegt.“

Eine Abkehr vom Militarismus?

Gates' Gefühl, dass die Vereinigten Staaten sich zu sehr auf ihre Streitkräfte verlassen haben, wird weithin geteilt. Auch Biden klagte schon darüber, und kürzlich ergab eine Gallup-Umfrage, dass fast doppelt so viele Befragte der Aussage, Washington gebe zu viel für das Militär aus, zustimmen als beklagen, es tue zu wenig. Die Leute haben recht. USAID, die US-Behörde zur Verteilung von Entwicklungshilfe, hat rund 3500 Mitarbeiter, was der Personalausstattung einer großen Tageszeitung oder einer kleinen Universität entspricht. Das Verteidigungsministerium als die Behörde, die Gewalt austeilte, ist hingegen der Welt größte Arbeitgeber und beschäftigt 2,1 Millionen Uniformierte und zusätzlich über 700 000 Zivilisten – das übertrifft mehr als achthundertmal die Größenordnung von USAID. Gates vergleicht die Außenansicht des amerikanischen Staates mit der eines „Dreirad[s] aus dem 19. Jahrhundert, mit einem riesigen Vorderrad (Militär) und winzigen Hinterrädern (alles andere)“.

Eine Abkehr vom Militarismus bedeutet, Grenzen amerikanischer Einflussnahme zu akzeptieren. An einer Stelle seines neuen Buches beschäftigt Gates sich mit Nordkorea, das weiterhin an der Entwicklung seines Nukleararsenals arbeitet. Trump hatte 2017 in seiner ersten Ansprache an die Vereinten Nationen mit der „totalen Zerstörung“ des Landes gedroht. Gates glaubt aber, dass Nordkorea niemals freiwillig auf seine Atomwaffen verzichten wird und dass jeder Versuch, es dazu zu zwingen, einen großen Krieg auslösen könnte. „Vielleicht sollten wir also“, schreibt er, „das Ziel ändern, die Sache niedriger hängen und uns um eine Vereinbarung bemühen, die das Atomwaffenarsenal des Nordens begrenzt.“ Es wäre kein pompöser Sieg, aber Gates scheint an dergleichen auch nicht sonderlich interessiert zu sein.

Gates skeptischer Blick auf manch eherne Glaubenssätze erfrischt. Eine Grundüberzeugung amerikanischer Weltpolitik mag er allerdings nicht in Frage stellen: den Primat der Vereinigten Staaten. Frieden und Sicherheit sind – da gibt es für Gates keinen Zweifel – keine Güter, die sich kooperativ durch wohlmeinende Staaten gewährleisten lassen. Sie hängen vielmehr „fast zur Gänze von langfristig gesicherter amerikanischer Stärke, von Engagement und Leadership“ der Vereinigten Staaten ab.

Doch warum sollte das so sein müssen? Eine Rechtfertigung lässt sich kaum finden, sieht man von Gates beharrlicher Behauptung ab, einzig die Vereinigten Staaten stünden uneingeschränkt „auf der Seite von Freiheit und Menschenwürde“. Aber diese Behauptung verträgt sich nur schlecht mit seinem hartgesottenen Realismus. US-Präsidenten sollten es vermeiden – schreibt Gates –, gewaltsam zu intervenieren, es sei denn, „amerikanische Lebensinteressen“ würden bedroht. Doch wenn es bei Interventionen letztlich um Interessen geht, warum sollten dann andere Länder darauf vertrauen, dass Washington das Gemeinwohl beschützt? Das wäre, als vertraute man einem Polizeichef, der verkündet, er werde seine Beamten nur einsetzen, wenn das Budget stimmt.

Der innere Widerspruch einer »liberalen Ordnung«

Patrick Porter rückt in seinem erfrischenden Buch „The False Promise of Liberal Order“ derartige Fragen ins Zentrum der Betrachtung. In seinen Augen besteht das Problem nicht darin, dass Politiker wie Gates Heuchler seien. Vielmehr betrachtet er die Vorstellung einer „liberalen Ordnung“ von vornherein als Widerspruch in sich. Im Kontext internationaler Beziehungen bedeute Liberalismus Freiheit, Gleichberechtigung und Einverständnis. Weltordnungen hingegen seien Hierarchien, die „auf der Androhung von Gewalt“ beruhen. Die Vereinigten Staaten seien, schreibt Porter, der „bislang freundlichste Hegemon“, doch nichtsdestotrotz ein Hegemon. Und Hegemonie impliziert Vorherrschaft.

Nehmen wir den Fall des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag. (ICC) Er wurde 1998, im Gefolge des ruandischen Genozids, geschaffen und versprach, Stützpfeiler eines regelbasierten Systems zu werden, indem es Kriegsverbrecher ungeachtet ihrer Nationalität zur Rechenschaft zieht. Als aber klar wurde, dass die Regeln auch für die Vereinigten Staaten gelten sollten, legte Washington sich quer. „Die amerikanischen Streitkräfte haben eine einzigartige Peacekeeping-Rolle, auf Posten an allen Hotspots rund um die Welt“, erklärte David Scheffer, der erste US-Sonderbotschafter für Kriegsverbrechensfälle. Was wäre, wenn US-Bedienstete wegen Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit verhaftet würden? „Man kann von uns schlichtweg nicht erwarten, dass wir unsere Leute derartigen Risiken aussetzen“, bekräftigte Scheffer. „Das ist für uns völlig unannehmbar.“

Der Botschafter bluffte durchaus nicht. Im Jahr der Eröffnung des Gerichtshofs verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz, das (mit Ausnahmen) Mili-

tärhilfe an jedes Land verbot, das bereit war, sich dem Gericht zu fügen. Zugleich autorisierte das Gesetz den Einsatz militärischer Gewalt zur Befreiung von durch das Haager Gericht etwa in Haft genommenem Personal der Vereinigten Staaten oder Verbündeter, was ihm den Spitznamen „The Hague Invasion Act“ eintrug. Im Namen einer Aufrechterhaltung der Ordnung, schreibt Porter, „erstrebte die Supermacht Immunität gegenüber dem ICC und behielt sich buchstäblich das Recht vor, dessen Institutionen anzugreifen.“ Und er hält fest, dass selbst so glühende Verfechter des Internationalismus wie Joe Biden, Hillary Clinton und John Kerry dem Gesetz zustimmten.

Das falsche Versprechen einer wohlwollenden Hegemonie

So funktioniert Hegemonie nun einmal, sagt Porter. Regelgeber sind nicht per se Regelnehmer. Als Realist der klassischen Schule stört ihn das nicht. Was ihn stört, ist das „falsche Versprechen“ einer „wohlwollenden“ Hegemonie – eine (Selbst-)Täuschung, die das Weltbild amerikanischer Führer verzerrt. Aus ihrer Perspektive war die 1945 geschaffene Weltordnung eine Wohltat. Deshalb fällt es ihnen schwer zu verstehen, warum Ausländer womöglich unzufrieden sind oder die Weltpolizistenrolle der Vereinigten Staaten gar bedrohlich finden. Aufgeplustert vom eigenen Hype zeigen Politiker in Washington sich immer wieder „schockiert“, wenn ihre „offenkundig wohlwollenden Aktionen auf Widerstand stoßen“, schreibt Porter. Da sie sich selbst für die Guten halten, ist Widerstand für sie nur dadurch zu erklären, dass die Welt böse ist: Eine Senkgrube, in der es von Gangstern, Bösewichtern und „stets doppelzüngigen Pakistanis“ nur so wimmelt. „Wissen Sie, warum die uns hassen?“, fragte George W. Bush nach Al Qaidas Anschlägen am 11. September 2001. „Sie hassen uns, weil wir die Freiheit lieben.“

Mit einem solche Weltbild gelangt man leicht zu der Schlussfolgerung: Es muss etwas geschehen! Bush begann im Mittleren Osten Kriege im Namen der Freiheit – Kriege, die Obama und Trump auf unterschiedliche Weise fortsetzten. Die Titel dieser Militäraktionen lesen sich wie Grabsteininschriften auf einem Friedhof liberaler Ambitionen: *Operation Iraqi Freedom*, *Operation Enduring Freedom* [anhaltende Freiheit], *Operation Freedom's Sentinel* [Freiheitswacht], *Operation New Dawn* [neue Morgenröte]. Jetzt haben wir die *Operation Inherent Resolve* [Entschlossenheit], die fortdauernde Mission, den Islamischen Staat im Irak und in Syrien auszurotten. Es handelt sich um die erste, deren Name nicht auf Freiheit oder Transformation anspielt, aber darin ein Anzeichen bescheidenerer Ambitionen zu sehen, wäre wohl zu optimistisch. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass an Washingtons militärischen Festlegungen schwer zu rütteln ist. Noch in diesem September verkündete – just an dem Tag, an dem Trump erklärte „Wir sind raus aus Syrien“ (außer zur Kontrolle der Ölfelder des Landes) – das Pentagon, es werde die Truppenstärken um zwanzig Prozent steigern. Als seine sicherheitspolitischen Spitzenberater vorschlugen, in Nordafrika mehr militärische Präsenz zu zeigen, schimpfte Trump, wie man hört: „Ihr Burschen wollt, dass

ich überallhin Truppen schicke!“ – „Bedauerlicherweise, Sir“, soll sein Verteidigungsminister Jim Mattis geantwortet haben, „haben Sie keine Wahl“.

Stimmt das, haben die Vereinigten Staaten letztlich gar keine Wahl? Eigentlich ja, schreibt Gates. In einer Welt unter dem Primat der Vereinigten Staaten lassen sich Differenzen friedlich lösen. Ohne US-Vorrangstellung würde der Planet verkommen, in einen „Fressen oder gefressen werden“-Zustand versinken, in dem Macht darüber entscheidet, was recht ist. Für Gates lautet die Frage nicht, ob die USA herrschen sollen, sondern wie. Besser geführt, hofft er, wird das Land in die Rolle, die es auszufüllen hat, zurückfinden. So würde, wie Biden es ausdrückt, Amerika „seinen Platz am Kopfende des Tisches“ wieder einnehmen können.

Porter empfiehlt etwas anderes: den Platz aufzugeben! Das US-zentrierte System wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs errichtet, als die Wirtschaft der Vereinigten Staaten größer war als die der vier nächstgrößten Volkswirtschaften zusammengenommen. Heute aber ist sie nach manchen Kriterien kleiner als jene Chinas. Die Krise der amerikanischen Vormachtstellung ist seit Jahrzehnten herangewachsen, hat allerdings in Porters Augen nun ihren Höhepunkt erreicht. Würden die USA sich an ihre zunehmend unhaltbare Position klammern, so bliebe von ihnen letztlich nur ein „militarisiertes, überdehntes Imperium im permanenten Alarmzustand“ – eine ständige Bedrohung des Friedens, den zu schützen es behauptet. Als hegemoniales Auslaufmodell täten die Vereinigten Staaten besser daran, rät Porter, „gracefully“ abzutreten.

Wie aber könnte ein würdiger, ja „anmutiger“ Abgang aussehen? Nun, Washington müsste sich von der Vorstellung trennen, dass seine Truppen oder Werte den Globus beherrschen sollen. Das hieße ja nicht, der Welt den Rücken zu kehren, sondern lediglich, sich auf mehr Chancengerechtigkeit in den internationalen Beziehungen einzustellen. Statt verzweifelt ihre Führungsrolle zu verteidigen, könnten die Vereinigten Staaten – so Porter – sich wie vor dem Zweiten Weltkrieg auf realistischere Aufgabenstellungen konzentrieren – darauf, sich selbst davor zu schützen, physisch angegriffen zu werden, und ihre republikanischen Institutionen verteidigen. Beide Aufgaben ließen sich mit einem kleineren Militärapparat besser lösen. Eine ruhige und sichere Republik zu sein, ist schwer, wenn man in aller Welt Truppen stehen hat und dadurch Widerstand provoziert. Ein entthrontes Washington würde immer noch mit mächtigen Rivalen umzugehen haben – Porter empfiehlt, die USA sollten China eindämmen und es daran hindern, eine starke Allianz mit Russland zu bilden. Aber sie müssten nicht länger zwanghaft die Landkarten nach möglichen Bedrohungen ihrer Vorrangstellung absuchen.

Den Sitz am Kopfende des Tisches aufzugeben, schmeckt US-Politikern allerdings ähnlich gut wie eine Abrüstung der heimischen Polizei. Nicht allein deshalb, weil sie die Vorstellung nicht mögen, sondern weil diese in weiten Kreisen bis vor kurzen schlicht undenkbar war. Doch liegt das daran, dass die Idee so furchtbar abwegig ist – dass sie, wie Gates glaubt, eine globale Katastrophe auslösen würde? Oder ist die US-Hegemonie nicht bloß ein Relikt vergangener Zeiten und ihre Neubewertung daher längst überfällig?